

Für Familienunternehmen ist Deutschland nur mäßig attraktiv

Deutschland hat sich im Jahr 2008 in einem internationalen Standortvergleich, der speziell die Belange von Familienunternehmen berücksichtigt, etwas verbessert. Gute Noten bekommt der Standort Deutschland insbesondere für seine öffentliche Infrastruktur. Vergleichsweise hohe Steuerbelastungen und der stark regulierte Arbeitsmarkt beeinträchtigen jedoch die Bilanz. Dies zeigt der aktuelle Länderindex, den das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Zusammenarbeit mit Calculus Consult für die Stiftung Familienunternehmen ermittelt hat.

Länderindex der Stiftung Familienunternehmen

Land	Rang		Land	Rang	
	2008	2006		2008	2006
Vereinigtes Königreich	1	1	Niederlande	10	10
Dänemark	2	4	Österreich	11	8
Schweiz	3	2	Deutschland	12	11
Finnland	4	5	Frankreich	13	13
Luxemburg	5	n.v.	Spanien	14	12
Vereinigte Staaten	6	3	Tschechien	15	14
Irland	7	6	Belgien	16	15
Schweden	8	7	Polen	17	16
Slowakei	9	9	Italien	18	17

Für Italien, die Slowakei und Finnland wurden die Platzierungen des Jahres 2006 im Jahr 2008 nachträglich berechnet.
Luxemburg: Wert für 2006 nicht verfügbar.

Quelle: ZEW

Unter Familienunternehmen werden in dem Standortvergleich Firmen verstanden, bei denen unabhängig von der Rechtsform die mehrheitliche Kontrolle durch eine Familie ausgeübt wird. Während der Länderindex 2006 erstmals berechnet wurde, folgte in diesem Jahr eine Aktualisierung und Erweiterung des Standortvergleichs. Unter anderem wurde der Index durch Standortmerkmale der öffentlichen Infrastruktur erweitert. Damit setzt sich der Länderindex nun aus den fünf Themengebieten Steuern, Arbeitskosten, Produktivität und Humankapital, Regulierung, Finanzierung und öffentliche Infrastruktur

zusammen. Wie schon vor zwei Jahren nimmt auch im Jahr 2008 das Vereinigte Königreich wieder die Spitzenposition im Ländervergleich ein, gefolgt von Dänemark und der Schweiz. Das Vereinigte Königreich punktet vor allem deshalb als bester Standort, weil es Familienunternehmen exzellente Bedingungen in den Bereichen Regulierung und Finanzierung bietet. Ebenfalls gute Ergebnisse erzielen Finnland, Luxemburg, die Vereinigten Staaten und Irland. Die Schlusslichter der Rangliste bilden die Tschechische Republik, Belgien, Polen und Italien.

Deutschland liegt mit dem zwölften Rang unter insgesamt 18 Staaten im

unteren Mittelfeld. Gegenüber dem Jahr 2006 ist dies eine relative Verbesserung. Sie ist im Wesentlichen auf den Einbezug der öffentlichen Infrastruktur in die Standortbewertung zurückzuführen. Hier kann Deutschland insbesondere von seiner sehr guten Informations- und Kommunikationsinfrastruktur profitieren. Gute Noten werden dem Standort zudem bei der Korruptionskontrolle, der Transportinfrastruktur und der Rechtssicherheit bescheinigt. Auch beim Bewertungskriterium „Finanzierung“ schneidet der deutsche Standort gut ab. Die Studie lobt insbesondere das hohe Maß an Transparenz bei der Kreditvergabe. Allerdings zeigt der Ländervergleich, dass die Kreditversorgung für Familienunternehmen in Deutschland an verschiedenen Stellen verbesserungsbedürftig ist.

Die größten Defizite des Standorts Deutschland liegen wie schon im Jahr

IN DIESER AUSGABE

Für Familienunternehmen ist Deutschland nur mäßig attraktiv.....	1
Auslandsbanken auf dem Vormarsch.....	2
Hohe Prämien für Betriebstreue sind Beschäftigungshürden für Ältere.....	3
Junge High-Tech-Unternehmen profitieren vom Schritt ins Ausland.....	4
Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm.....	5
Nachgefragt: EU Energie- und Klimapaket..	6
Ist Energieeffizienz eine Aufgabe für staatliche Regulierung?.....	7
ZEW-Konferenz.....	9
Termine, Neuerscheinungen, ZEW intern.....	6
Daten und Fakten.....	11
Standpunkt.....	12

FORSCHUNGSERGEBNISSE

2006 im Bereich der Regulierung. Deutschland ist neben Frankreich und Belgien das Land mit der stärksten Regulierung des Arbeitsmarkts. Nirgendwo sonst werden Einstellungen und Kündigungen von Arbeitnehmern durch Bestimmungen und Vorschriften so stark beeinflusst wie hierzulande.

Hohe Steuerbelastung

Nachholbedarf besteht außerdem im Bereich „Arbeitskosten, Produktivität und Humankapital“. Nach wie vor sind die hohen Arbeitskosten ein starkes Handicap für den Standort Deutschland. Zwar bewegt sich das Direktentgelt im europaweiten Vergleich auf durchschnittlichem Niveau, jedoch sind die Personalzusatzkosten vor allem wegen der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung sehr hoch.

Beim Teilindikator „Steuern“ belegt Deutschland vor allem beim Vergleich der Besteuerung nationaler Geschäfts-

tätigkeit einen hinteren Rang. Modellrechnungen zeigen, dass die effektive Durchschnittssteuerbelastung für ein Familienunternehmen in Deutschland relativ hoch liegt. Die zusätzlichen Berechnungen zum Einfluss der Unternehmenssteuerreform 2008 belegen allerdings, dass die Reform bei der Besteuerung der nationalen Geschäftstätigkeit spürbare Verbesserungen für Kapitalgesellschaften mit sich bringt. So ist davon auszugehen, dass beispielsweise die Senkung der Gewerbesteuermesszahl von fünf auf 3,5 Prozent und die Senkung des Körperschaftsteuersatzes von 25 auf 15 Prozent Kapitalgesellschaften merklich entlasten wird. Die ermittelten Entlastungen werden aber teilweise durch Gegenfinanzierungsmaßnahmen konterkariert.

Nicht eindeutig ist die Wirkung der Reform auf die effektive Steuerbelastung von Personengesellschaften. Von leichten Zusatzbelastungen ist auszugehen, sofern der Spitzensteuersatz von

45 Prozent zum Tragen kommt. Für kleinere Personengesellschaften werden hingegen leichte Entlastungen erwartet.

Im untersuchten Teilbereich Erbschaftsteuer sind die Belastungen für Deutschland mit Rechtsstand 2006 ebenfalls vergleichsweise hoch. Hier könnten sich mit Umsetzung des Entwurfs zur Reform der Erbschaftsteuer und Bewertungsrechts größere Veränderungen ergeben. Modellrechnungen zeigen, dass nach derzeitigem Stand geringe Entlastungen im Einzelfall zu erwarten sind. Dies trifft allerdings nur zu, sofern die vorgesehenen Bedingungen für die Begünstigung von Unternehmensvermögen – diese betreffen zum Beispiel die Haltefrist für Unternehmensvermögen oder die Höhe der Lohnsumme – von den Unternehmen erfüllt werden.

Den vollständigen Länderindex finden Sie im Internet unter:

<http://www.familienunternehmen.de/>

Christof Ernst, ernst@zew.de

Auslandsbanken auf dem Vormarsch

Ausländische Banken konnten vor allem aufgrund günstiger Konditionen ihren Marktanteil in Deutschland in den vergangenen Jahren vergrößern. Ein Nachteil ist für sie am deutschen Bankenmarkt allerdings ihre geringe Reputation. Die im Vergleich zur deutschen Konkurrenz geringe Anzahl an Filialen scheint dagegen kein Nachteil für ausländische Kreditinstitute zu sein. Dies ist das Ergebnis einer Umfrage des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) unter 229 Finanzmarktexperten im Rahmen des ZEW-Finanzmarkttests.

Nach Ansicht der Experten haben die ausländischen Retail-Banken vor allem bei der Kosteneffizienz und -kontrolle Wettbewerbsvorteile gegenüber inländischen Banken. Da sie über kein ausgedehntes Filialnetz verfügen, ist

die Fixkostenbelastung der Auslandsbanken geringer als die der deutschen Filialbanken. Deshalb können sie ihren Kunden bessere Konditionen bieten als heimische Banken. Dadurch ziehen sie vor allem preissensible Kunden an, deren Anzahl in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen hat. Nach Ansicht der Experten haben die Auslandsbanken deshalb bei der Preisstrategie deutliche Wettbewerbsvorteile gegenüber deutschen Kreditinstituten. Aber auch bei der Ertragsorientierung, der Kundenstrategie, der Produktstrategie und beim Marketing sehen die befragten Experten die Auslandsbanken leicht im Vorteil, vor allem weil ihre Produktpalette einfach strukturiert ist und somit ein hoher Standardisierungsgrad erreicht werden kann. Ein deutlicher Wettbewerbsnachteil ist für die ausländischen Retailer hingegen ihre geringe

Reputation. In diesem Punkt sehen die Finanzexperten die heimischen Kreditinstitute klar im Vorteil. Die geringe Anzahl an Filialen und der Einsatz alternativer Vertriebskanäle zum stationären Vertrieb scheint dagegen weder einen Vorteil noch einen Nachteil für ausländische Kreditinstitute darzustellen.

Obwohl sich ausländische Banken in den vergangenen Jahren erfolgreich am deutschen Retail-Banking Markt positionieren konnten, rechnet nur etwa ein Drittel der befragten Experten mit einer weiteren Zunahme ausländischer Retail-Banken in den kommenden zwei Jahren. Dagegen geht eine Mehrheit von 44 Prozent der Experten von einer gleich bleibenden Anzahl ausländischer Retailer aus. 22 Prozent erwarten, dass die Anzahl an ausländischen Retail-Banken in Deutschland abnehmen wird.

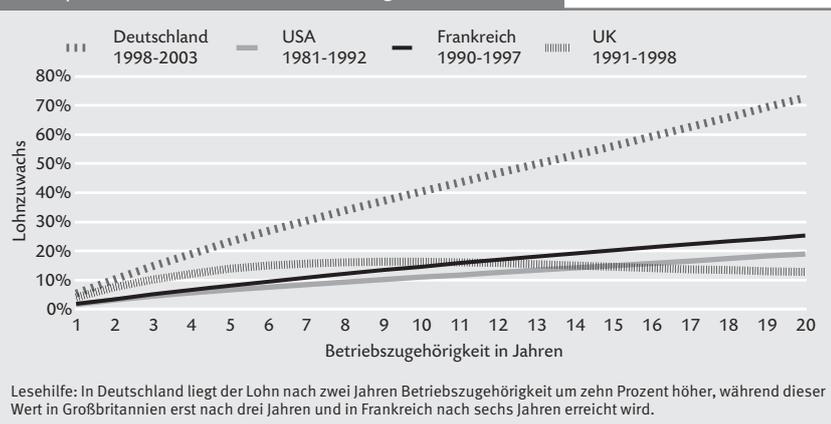
Matthias Köhler, koehler@zew.de

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Hohe Prämien für Betriebstreue sind Beschäftigungshürden für Ältere

In Deutschland gewähren Unternehmen ihren Mitarbeitern mit steigender Dauer der Betriebszugehörigkeit häufig hohe Treueprämien. Die Unternehmen nutzen dieses Instrument, um die Beschäftigten im Betrieb zu halten und sie zu motivieren. Eine aktuelle Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) zeigt, dass die Lohnzuschläge, die auf Grund steigender Betriebszugehörigkeit gezahlt werden, in Deutschland deutlich höher ausfallen als in anderen Volkswirtschaften. Die Studie kommt ferner zu dem Ergebnis, dass diese hohen Treuezuschläge die Mitarbeiter zwar langfristig an die selbe Firma binden, gleichzeitig jedoch als Beschäftigungshürde für ältere Arbeitsuchende wirken.

Treueprämien im internationalen Vergleich



Ältere Arbeitnehmer über 55 Jahre haben es in Deutschland im Vergleich zu anderen entwickelten Volkswirtschaften besonders schwer, eine neue Stelle zu finden. So überstieg in Deutschland die Arbeitslosenquote der über 55-Jährigen im Jahr 2006 die durchschnittliche nationale Arbeitslosenquote um rund 20 Prozent. Im Durchschnitt der OECD-Länder lag dagegen die Arbeitslosenquote der Älteren um rund 30 Prozent unter dem jeweiligen nationalen Durchschnitt. Um zu überprüfen, ob hohe Lohnzuwächse für treue Mitarbeiter in Deutschland Ältere bei der Aufnahme einer neuen Arbeit behindern, werden diese Treueprämien in der ZEW-Studie (Discussion Paper Nr. 08-039) für Deutschland zunächst berechnet und dann mit anderen Ländern verglichen.

Die repräsentativen Berechnungen auf Basis von über fünf Millionen Be-

schäftigtendaten zeigen, dass die Zuschläge für langjährige Betriebszugehörigkeit in Deutschland deutlich höher sind als in anderen Ländern (siehe Grafik). Beispielsweise erhält ein Mitarbeiter in Deutschland für seine zehnjährige Zugehörigkeit zur gleichen Firma einen Lohnaufschlag von kumuliert über die gesamte Dauer seiner Betriebszugehörigkeit rund 40 Prozent. In Frankreich und im Vereinigten Königreich liegt der Bonus für die zehnjährige Betriebs-treue dagegen jeweils bei kumuliert rund 15 Prozent.

In einem zweiten Schritt konzentriert sich die Studie auf die Konsequenzen unterschiedlich hoher Lohnzuschläge für langjährige Mitarbeiter. Hier werden die durchschnittlichen Treuezuschläge auf die Betriebsebene hochgerechnet. Anschließend überprüft die Studie, ob Betriebe, die ihre Mitarbeiter stärker für ihre Betriebszugehörigkeit belohnen

als brancheninterne Konkurrenten, eine andere Beschäftigtenstruktur als die Wettbewerber aufweisen. Die Ergebnisse machen deutlich, dass Betriebe, die ihre Mitarbeiter stärker belohnen, ihre Beschäftigten signifikant länger binden können als die Konkurrenten. Vergütet beispielsweise ein Unternehmen den Verbleib im Betrieb mit drei Prozent Zuschlag pro Jahr anstatt nur mit zwei Prozent, wie bei den Wettbewerbern im Durchschnitt üblich, so liegt die Betriebszugehörigkeit der Mitarbeiter in diesem Unternehmen um rund sechs Jahre höher als im Branchendurchschnitt.

Weniger Mitarbeiter über 55 Jahren in Betrieben mit hoher Treueprämie

Allerdings zeigen die Berechnungen der Studie, dass die Unternehmen, die ihren treuen Mitarbeitern im Vergleich zum Branchendurchschnitt höhere Lohnaufschläge bezahlen, deutlich weniger Mitarbeiter neu einstellen, die 55 Jahre und älter sind. So liegt in Betrieben, die zum Beispiel drei Prozent Treueprämie pro Jahr zahlen anstatt der im Branchenschnitt üblichen zwei Prozent, der Anteil der neu eingestellten Älteren an den insgesamt neu Eingestellten um rund zehn Prozent niedriger als bei der Konkurrenz. Ältere Beschäftigte haben somit Schwierigkeiten, in Betrieben mit hohen Treuezuschlägen eine neue Stelle zu bekommen. Da vergleichsweise viele Betriebe in Deutschland auf dieses Instrument der Mitarbeiterbindung zurückgreifen und davon auszugehen ist, dass Ältere in einer neuen Stelle ähnliche Lohnvorstellungen verwirklichen möchten wie bisher gewohnt, könnten hohe Treueprämien ein Grund dafür sein, dass Ältere hierzulande Schwierigkeiten haben, nach dem Verlust der Arbeitsstelle erneut eine Stelle zu finden.

Dr. Thomas Zwick, zwick@zew.de

Junge High-Tech-Unternehmen profitieren vom Schritt ins Ausland

Junge High-Tech-Unternehmen in Deutschland wagen schnell den Schritt auf internationale Märkte. Bereits in den ersten Jahren nach ihrer Gründung erzielen 31 Prozent der Start-ups Umsätze im fremdsprachigen Ausland. High-Tech-Unternehmen, die selbst intensiv Forschung und Entwicklung (FuE) betreiben, sind dabei besonders erfolgreich und können ihren technologischen Vorsprung auch international ausspielen. Allerdings verpuffen bei 59 Prozent der jungen High-Tech-Unternehmen, die in das internationale Geschäft einsteigen wollen, die Exportbemühungen, da die Internationalisierung schlecht vorbereitet wurde. Dies zeigt eine gemeinsame Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) und Microsoft Deutschland, die die Exportaktivitäten von jungen High-Tech-Unternehmen untersucht.

Die Studie betrachtet Start-ups, die in den Jahren 2002 bis 2004 gegründet wurden. Es zeigt sich, dass die jungen High-Tech-Unternehmen, die international agieren, erfolgreicher sind als Start-ups, die den Schritt auf internationale Märkte nicht oder noch nicht gewagt haben. So erzielen exportierende High-Tech-Unternehmen höhere Umsätze und wachsen schneller. Im ersten Geschäftsjahr liegt der Umsatz von exportierenden High-Tech-Unternehmen um etwa drei Viertel höher als der Umsatz von nicht-exportierenden Unter-

nehmen. Die Wachstumsrate der Umsätze liegt mit durchschnittlich 66 Prozent pro Jahr 14 Prozentpunkte über der Wachstumsrate von nicht-exportierenden Unternehmen.

Gute Vorbereitung lässt den Schritt ins Ausland gelingen

High-Tech-Unternehmen mit hohen FuE-Aufwendungen sind besser für den Weltmarkt aufgestellt. Denn technologische Vorsprünge verschaffen den Start-ups Wettbewerbsvorteile. Da-

durch gelingt es ihnen schneller, sich mit Produkten und Dienstleistungen international durchzusetzen. Der Anteil der exportierenden Unternehmen liegt bei Start-ups mit kontinuierlichen FuE-Aufwendungen bei 53 Prozent und damit deutlich über dem Durchschnitt aller High-Tech Start-ups (31 Prozent).

Eine gute Vorbereitung ist entscheidend, damit der Schritt auf den internationalen Markt erfolgreich verläuft. Die Studie belegt, dass über die Hälfte der Unternehmen (59 Prozent), die exportorientierte Maßnahmen ergreifen, keine Umsätze im Ausland erzielen können, weil der Schritt dorthin nur halbherzig unternommen wurde. Erfolgreich sind Start-ups dagegen vor allem dann, wenn sie parallel auf mehrere Maßnahmen zur Eroberung neuer Märkte setzen. Solche Maßnahmen sind etwa der Besuch internationaler Messen, der Einsatz eigener Mitarbeiter im Ausland, die Anpassung der eigenen Produkte an ausländische Märkte oder das Ausarbeiten spezieller Marketingmaßnahmen in den Zielmärkten. Die Kosten der Exporttätigkeit stellen für die jungen High-Tech-Unternehmen hingegen kein Hemmnis für die Internationalisierung dar.

Europa ist die wichtigste Zielregion

Europa ist für den Export der wichtigste Markt. Die deutschen High-Tech Gründungen vertreiben ihre Produkte und Dienstleistungen überwiegend per Direktexport innerhalb der Europäischen Union oder in andere europäische Länder und erzielen hier rund 76 Prozent aller Exportumsätze. Beinahe gleichauf mit Nordamerika (7,5 Prozent) liegt Asien mit einem Anteil an den Exportumsätzen von 6,8 Prozent. Hier scheinen bereits viele Unternehmen, die Chancen des aufstrebenden asiatischen Marktes zu nutzen.

Dr. Georg Licht, licht@zew.de

FuE-Intensität zentrales Kriterium zur Definition des High-Tech-Sektors

Zum High-Tech-Sektor zählen industrielle High-Tech-Sektoren und der Bereich technologieorientierter Dienstleistungen. Die High-Tech-Sektoren der Industrie sind in die zwei Bereiche „Spitzentechnik“ und „hochwertige Technik“ unterteilt. Wirtschaftszweige, in denen durchschnittlich acht Prozent der Unternehmensumsätze für FuE ausgegeben werden (FuE-Intensität) zählen zur Spitzentechnik. Dazu gehören Unternehmen, deren Hauptprodukte zum Beispiel elektronische Komponenten oder Instrumente der Mess- und Regeltechnik sind.

Wirtschaftszweige mit einer durchschnittlichen FuE-Intensität von 3,5 bis acht Prozent bilden den Bereich

der hochwertigen Technik. Bei diesen Wirtschaftszweigen handelt es sich beispielsweise um Bereiche des Maschinenbaus, der Elektrotechnik oder der Medizintechnik. Im Bereich der technologieorientierten Dienstleistungen werden ebenfalls zwei Sektoren unterschieden. Es werden Software (Softwareentwickler und -berater) und die übrigen technologieorientierten Dienstleistungen differenziert. Zu den technologieorientierten Dienstleistungsunternehmen gehören technische Büros, physikalisch-chemische Labors oder Forschungsdienstleister. Unternehmen des Sektors IKT-Software machen knapp 30 Prozent der jungen High-Tech-Unternehmen aus.

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm

Geschichten von Aufsteigern, die sich aus ärmlichen Verhältnissen nach oben arbeiten, stoßen immer auf großes Interesse. Es ist der Traum, es vom Tellerwäscher zum Millionär zu bringen, der die Menschen zu großen Leistungen anspornt. Für einige ist er auch wahr geworden. Von solchen Einzelbeispielen lässt sich allerdings nicht auf die Durchlässigkeit einer Gesellschaft insgesamt schließen. Dazu bedarf es vielmehr einer systematischen Betrachtung in der Breite.



Hat der Arbeitsverdienst des Vaters Einfluss auf den seines Sohnes?

Foto: www.digitalstock.de

Eine aktuelle Studie (Discussion Paper Nr. 08-014) des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung untersucht, wie stark der Erfolg im Arbeitsleben in Deutschland von der familiären Herkunft bestimmt wird. In einem weiteren Schritt vergleicht sie Deutschland mit den Vereinigten Staaten und Schweden und macht sichtbar, wie durchlässig der deutsche Arbeitsmarkt im internationalen Vergleich heute ist.

Zunächst betrachtet die ZEW-Studie die monatlichen Arbeitsverdienste von Vätern und ihren erstgeborenen Söhnen vor Abzug von Steuern und Sozialabgaben. Sie greift dazu auf repräsentative Daten westdeutscher Arbeitnehmer aus dem Sozio-Ökonomischen Panel (SOEP) für den Zeitraum von 1984 bis 2006 zurück. Der Arbeitsverdienst als Indikator der Teilhabe am Wohlstand einer Gesellschaft wird in der Untersuchung nicht zu einem bestimmten Jahr betrachtet. Vielmehr haben die ZEW-Wissenschaftler eine Stichprobenstrategie entwickelt, die es erlaubt, insgesamt 385 Vater-Sohn Paare in einem vergleichbaren Abschnitt im Lebenszyklus (1984-2006) zu beobachten. Auf

diese Weise kann abgeschätzt werden, wie sich ein hohes oder niedriges Gehalt des Vaters auf das Gehalt des Sohnes auswirkt. Dieser Zusammenhang wird als intergenerationale Persistenz definiert und als Elastizität mit mikroökonomischen Methoden geschätzt.

Chancengleichheit nicht vollständig gegeben

Die Ergebnisse zeigen, dass ein Anstieg des väterlichen Arbeitsverdienstes um zehn Prozent den des Sohnes um 3,33 Prozent erhöht. Bei einem realen Bruttomonatsverdienst der in der Stichprobe enthaltenen Söhne von im Mittel rund 1.936 Euro wären das rund 63 Euro. Dies zeigt, dass der Lebensarbeitsverdienst des Vaters durchaus den des Sohnes beeinflusst. Der Ausspruch „Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm“ hat somit noch heutzutage in der offenen Gesellschaft eine gewisse Berechtigung. Deutlich zeigt sich dies beim Lebensarbeitsverdienst, wenn ein Vater A doppelt soviel verdient wie ein Vater B. Bei einer Elastizität von einem Drittel heißt dies, dass der Sohn des

Vaters A mit einem um ein Drittel höheren Lebenseinkommen rechnen kann als der Sohn des Vaters B. Völlige Chancengleichheit ist in der deutschen Gesellschaft also nach wie vor nicht gegeben. Allem Anschein nach reichen Kindergeld, kostenloser Schulbesuch und Bafög für Studierende aus ärmeren Familien nicht aus, um die Auswirkungen des familiären Hintergrunds zurückzudrängen.

Im internationalen Vergleich rangiert Deutschland mit einer Elastizität von einem Drittel beim Einfluss des familiären Hintergrunds auf das Lebensarbeitsverdienstes zwar nicht auf den vorderen Plätzen, muss aber auch nicht hinten Platz nehmen. So spielt etwa in Schweden und anderen skandinavischen Ländern die familiäre Herkunft mit einem Wert von 0,2 eine geringere Rolle als in Deutschland. In den Vereinigten Staaten und anderen angelsächsischen Ländern dagegen zeigen Werte von 0,4 bis 0,6, dass die Herkunft für das Lebensarbeitsverdienstes einen stärkeren Einfluss hat als in Deutschland. Der familiäre Einfluss auf den Erfolg am Arbeitsmarkt in Deutschland ist also im internationalen Vergleich eher mäßig ausgeprägt.

Insgesamt erweist sich der Arbeitsmarkt in Deutschland in den vergangenen beiden Jahrzehnten in der ZEW-Untersuchung als vergleichsweise offen. Die familiäre Herkunft wirkt sich zwar nach wie vor auf den Erfolg am Arbeitsmarkt aus, ist aber im internationalen Vergleich von geringerem Gewicht als in vielen anderen Ländern. Die Äpfel fallen somit zwar noch nicht gänzlich zufällig und beliebig gestreut vom Baum, ganz dicht am Stamm liegen sie indes nicht mehr. Die Höhe des Arbeitsverdienstes der Väter ist für die Verdienstmöglichkeiten der Söhne nicht alleine ausschlaggebend. Andere relevante Faktoren sind unter anderem Engagement und Selbstdisziplin.

Philipp Eisenhauer, eisenhauer@zew.de
PD Dr. Friedhelm Pfeiffer, pfeiffer@zew.de

Nachgefragt: EU Energie- und Klimapaket

Höhere Kosten sind absehbar

Das aktuelle Energie- und Klimapaket der Europäischen Union (EU) will das EU-Emissionshandelsystem weiterentwickeln. So soll der Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase in der EU weiter reduziert werden. Angestrebt wird bis zum Jahr 2020 eine Verminderung um 20 Prozent gegenüber dem Referenzjahr 1990. Neu ist, dass nach dem Jahr 2012 die kostenfreie Zuteilung von Verschmutzungsrechten weitgehend durch deren Versteigerung ersetzt werden soll. Ferner soll im Rahmen des EU Energie- und Klimapakets ein Zertifikatehandel für Energie aus erneuerbaren Quellen eingeführt werden, um deren Anteil am Energieverbrauch bis 2020 EU-weit auf 20 Prozent zu erhöhen. Welche Kosten auf Unternehmen und Haushalte durch das neue EU-Paket zukommen, erläutert Dr. Andreas Löschel, Leiter des Forschungsbereichs „Umwelt- und Ressourcenökonomik, Umweltmanagement“ am ZEW.

Wie werden sich die geplanten Neuerungen beim EU-Emissionshandelsystem auswirken?

Löschel: Die ambitionierten Klimaschutzziele werden nicht nur zusätzliche Kosten für die Unternehmen im EU-Emissionshandelssystem verursachen, sondern alle Bereiche in den Volkswirtschaften der Mitgliedsstaaten treffen. Simulationsrechnungen des ZEW für die EU zeigen, dass die Kosten EU-weit bei weniger als einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts liegen werden. Das scheint tragbar. Allerdings werden einige Mitgliedstaaten und etliche energieintensive Sektoren weit stärker belastet. Da außerhalb der EU bisher kaum stringente Klimapolitik betrieben wird, werden einige Bereiche der chemischen Industrie, die Aluminium- und Stahlerzeuger, sowie die Papier- und Zementindustrie, an internationaler Wettbewerbsfähigkeit verlieren. Die Produktion könnte in diesen Industriebereichen um bis zu acht Prozent zurückgehen.

Welche Maßnahmen müssen in der EU ergriffen werden, um diese Wettbewerbsnachteile auszugleichen?

Löschel: Kritisch wird es, wenn energieintensive Industrien ins Ausland abwandern. Dann gehen Arbeitsplätze verloren. Für das Klima ist aber trotzdem nichts gewonnen. Sollten in den laufenden internationalen Klimaverhandlungen keine weitreichenden Reduktionsziele für die Hauptkonkurrenten der EU durchgesetzt werden, sieht

die EU für energieintensive Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen, besondere Regelungen vor. Denkbar wären etwa eine verstärkte freie Zuteilung von Zertifikaten, der Abschluss sektoraler Abkommen, Zölle auf den CO₂-Anteil von Importwaren oder die Verpflichtung für Importeure, Zertifikate für ihre Produkte zu erwerben. Importzölle bergen allerdings die Gefahr von Handelskriegen. Eine Maßnahme zum Ausgleich von Wettbewerbsnachteilen, die kaum genannt wird, ist die verstärkte Nutzung von kostengünstigen Emissionsreduktionen im Ausland.

Was bedeutet der geplante Zertifikatehandel für Energie aus erneuerbaren Energiequellen für die EU?

Löschel: Mit dem Zertifikatehandel für erneuerbare Energiequellen will die EU über den CO₂-Emissionshandel hinaus stärkere Anreize für die Nutzung erneuerbarer Energien geben. Die Ziele in

den Mitgliedstaaten basieren jedoch auf dem Status Quo und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, nicht aber auf den sehr unterschiedlichen Potenzialen für die Nutzung erneuerbarer Energien. Wenn es jetzt keinen funktionierenden Mechanismus zum Ausgleich der Preise für so genannte Herkunftsnachweise gibt, dann wird diese zusätzliche Förderung besonders teuer. Spannend wird, welcher der Kommissionsvorschläge realisiert wird: Handel zwischen Unternehmen oder Handel zwischen Staaten, bei dem zwar das deutsche Energieeinspeisegesetz weiter bestehen kann, der aber Gefahr läuft, eher den Charakter von politischen Verhandlungen als den eines Marktes anzunehmen.

Stehen Aufwand und Nutzen des EU Pakets in einem ausgewogenen Verhältnis?

Löschel: Insgesamt wissen wir über den Nutzen der Klimapolitik weniger als über deren Kosten. Der Stern-Report versuchte erstmals, die Kosten und den Nutzen von Klimapolitik in Beziehung zu setzen und zeigte, dass ambitionierte Klimapolitik ökonomisch sinnvoll ist. Der Report wurde von politischer Seite bejubelt, wissenschaftlich aber kritisiert. Dennoch befürworten auch die meisten Kritiker eine aktive Klimapolitik. Diese kann jedoch nicht alleine von der EU geleistet werden.

Kathrin Böhmer, boehmer@zew.de



Dr. Andreas Löschel, Jahrgang 1971, promovierte nach dem Studium der Volkswirtschaftslehre im Jahr 2003 an der Universität Mannheim. Seit 1999 am ZEW tätig, leitet er seit 2007 den Forschungsbereich „Umwelt- und Ressourcenökonomik, Umweltmanagement“ mit derzeit 19 Mitarbeitern. Seine Forschungsschwerpunkte sind die Energiepolitik, die Ökonomie des Klimawandels und Fragen der Ausgestaltung von umwelt- und wirtschaftspolitischen Instrumenten. Löschel berät unter anderem das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, die Europäische Kommission sowie das Europäische Parlament.

Ist Energieeffizienz eine Aufgabe für staatliche Regulierung?

Angesichts weltweit steigender Energiepreise und der Debatte um den Klimaschutz ist das Thema Energieeffizienz beinahe täglich in den Schlagzeilen. Der Begriff „Energieeffizienz“ beschreibt dabei das Verhältnis von wirtschaftlichem Output zu eingesetzter Energie. Unter gesamtwirtschaftlicher Energieeffizienz ist demnach das Verhältnis von Bruttoinlandsprodukt zum benötigten Energieeinsatz der Volkswirtschaft insgesamt zu verstehen. Jüngst zeigen zahlreiche Studien, zum Beispiel von der Unternehmensberatung McKinsey oder der Internationalen Energieagentur, tatsächliche oder vermeintliche Potenziale für den effizienteren Energieeinsatz auf.



Strittig: Effizienzstandards wie hier im Beispiel für Glühbirnen

Foto: © Alain Lavanchy - Fotolia.com

Die Politik macht immer neue Vorstöße, um die Steigerung von Energieeffizienz durch neue Regulierungsmaßnahmen zu erzwingen. So verfolgt beispielsweise die Europäische Union (EU) das Ziel, die gesamtwirtschaftliche Energieeffizienz um 20 Prozent bis zum Jahr 2020 zu steigern. Die aktuelle Debatte weckt Befürchtungen, dass die Erhöhung der Energieeffizienz ein neues Motiv für Eingriffe des Staates in das Wirtschaftsgeschehen bieten könnte. Es ist daher wichtig, zu klären, ob Energieeffizienz tatsächlich eine neue Aufgabe für staatliche Regulierung darstellt.

Marktversagen bei der Ressourcennutzung

Ausgangspunkt zur Klärung dieser Frage ist die Suche nach Marktversagen bei der Energie- und Ressourcennutzung. Als Marktversagen werden in den Wirtschaftswissenschaften Situationen bezeichnet, in denen der Markt

keine effiziente Ressourcenallokation erreicht. Im Zusammenhang mit der Energieeffizienz führt exzessiver Ressourcenverbrauch, also „Verschwendung“, zu Marktversagen. Aber auch externe Kosten der Energieumwandlung sind als Marktversagen zu identifizieren; hierunter ist zu verstehen, dass beispielsweise aus Kohle erst durch das mit erheblichen Schadstoffemissionen verbundene Verbrennen und der anschließenden Übersetzung in Bewegungsenergie, Elektrizität erzeugt werden kann.

Schließlich kann Marktversagen durch asymmetrische Information in Bezug auf energierelevante Güter und Dienstleistungen entstehen. Asymmetrische Information liegt beispielsweise vor, wenn ein Mieter nur unzureichend über die Wärmedämmung seiner Mietwohnung informiert ist und er damit rechnen muss, dass die Dämmung veraltet ist und die Heizkosten höher sind als beim Einzug angenommen. Die Un-

sicherheit über die Qualität der Dämmung führt dazu, dass sich bessere, zugleich aber teurere Dämmung nicht am Markt durchsetzen kann.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob zur Lösung solcher Formen von Marktversagen, Energieeffizienzregulierungen – wie von der Politik lancierte Effizienzstandards, Subventionen für Investitionen in Energieeffizienz oder Weiße Zertifikate – tatsächlich geeignet sind.

Sind Maßnahmen staatlicher Regulierung kosteneffizient?

Aus ökonomischer Sicht ist die Kosteneffizienz das geeignete Kriterium, um zu beurteilen, ob ein Regulierungsinstrument zur Erreichung eines energiepolitischen Ziels sinnvoll ist. Ein Instrument ist dann kosteneffizient, wenn es die teilweise oder vollständige Behebung des Marktversagens zu geringst möglichen Kosten erreicht. Für die Kosteneffizienz wiederum sind Preise der entscheidende Indikator. In der Regel spiegeln Preise die Knappheit der ökonomischen Ressourcen wider und sorgen so für deren effizienten Einsatz. Im Falle der Umwelt- oder Klimaschädigung fehlt eine Bepreisung der externen Kosten durch Emissionen von Treibhausgasen. Das bedeutet, die Emittenten verbrauchen das öffentliche Gut „intakte Umwelt“, ohne dafür zu bezahlen. Im Falle der natürlichen Ressourcen wird deren zukünftige Knappheit nicht richtig eingepreist, sie werden zu billig verkauft.

Aus dieser Überlegung lässt sich ableiten, dass kosteneffiziente Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Ressourcenschonung am Preis ansetzen. Der Staat schließt durch Steuern auf Emissionen oder Energieträger oder durch den Handel von Emissionsrechten die Preislücke, die durch den freien Markt

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ANALYSE



Technologische Erneuerungen, zum Beispiel im Kraftwerkspark, erhöhen die Energieeffizienz.

gelassen wird. Zudem sind die Verknappung von Förderkonzessionen oder Steuern auf endliche Ressourcen effiziente Instrumente zur Ressourcenschonung. Dadurch wird allen Akteuren der gleiche Anreiz gesetzt, einen Schadstoff wie Kohlendioxid einzusparen oder weniger von einer bestimmten Ressource zu verbrauchen. Eine Steigerung der Energieeffizienz bei der Güterproduktion ist sehr wahrscheinlich, denn die ressourcen- oder schadstoffspezifische Verteuerung wird den Einsatz des jeweiligen Energieträgers reduzieren.

Effizienzstandards auf dem Prüfstand

Im Vergleich damit verfehlen die üblichen von der Politik lancierten Instrumente zur Regulierung von Energieeffizienz das Ziel der Kosteneffizienz. Effizienzstandards, bei denen ein Mindestniveau an Energieeffizienz vorgeschrieben wird, sind unflexibel. Energieeffizienz wird selbst dort erzwungen, wo sie zu teuer ist. Ökonomisch gesprochen liegt die Ursache für die Kostenineffizienz von Standards darin, dass zwischen den betroffenen Akteuren kein Ausgleich der Knappheitspreise für einen emittierten Schadstoff oder für die genutzte Ressource möglich ist.

Ein besonders ineffizientes Mittel des Umwelt- und Ressourcenschutzes sind Subventionen zur Steigerung der Energieeffizienz. Gemeint sind damit

Zuschüsse für Unternehmen oder für Bürger beim Kauf energieeffizienter Geräte oder Maschinen. Man stelle sich etwa vor, dass ein besonders energiesparendes Auto bezuschusst wird. Tatsächlich ist zu erwarten, dass eine Reihe von Autokäufern sich aufgrund des reduzierten Preises für das Modell entscheiden. Bezahlt werden muss der Zuschuss freilich auch an jene, die das energieeffiziente Auto ohnehin erworben hätten. Neben diesem Mitnahmeeffekt verzerrt der sogenannte „Rebound“-Effekt die Bilanz der Subvention: Durch die niedrigen Spritkosten des Autos wird der Fahrer dazu tendieren, mehr zu fahren – die Subvention energiesparender Technologie verpufft also durch eine Nachfragesteigerung. Empirische Untersuchungen zeigen, dass der Rebound-Effekt die Umweltwirkung der Subvention oft stark reduziert, manchmal sogar ganz aufhebt. Schließlich ist zu beachten, dass jede Subvention aus Mitteln der öffentlichen Haushalte die Erhebung von Steuern voraussetzt, was wiederum zu Verzerrungen des Wirtschaftsgeschehens führt.

Weißer Zertifikate, also handelbare Stromsparobligationen, sind heute bereits in einigen Ländern, wie zum Beispiel Italien und im Vereinigten Königreich, ein stark verbreitetes Regulierungsinstrument. Die verpflichteten Unternehmen eines Industriezweigs, typischerweise Energieversorger, erhalten

hier eine konkrete Vorgabe, die die einzusparende Energie festlegt. Zur Einsparung sind verschiedene Maßnahmen zulässig. Denkbar sind beispielsweise technologische Erneuerungen im Kraftwerkspark, mit dem Ziel einer Erhöhung des Wirkungsgrads sowie einer Verbesserung im Netzmanagement. Alle erbrachten Energieeinsparungen werden durch eine Behörde zertifiziert. Die am Programm beteiligten Unternehmen können am Ende entweder ihre Einsparverpflichtung selbst erfüllen oder Zertifikate in ausreichender Höhe am Markt erwerben. Allerdings setzen Weiße Zertifikate pauschal an der Nachfrageseite für Energie an und setzen den Akteuren keinerlei Anreize zum Energieträgerwechsel, das heißt der Stromverbrauch wird unabhängig vom verwendeten Energieträger und seiner Umweltwirkung bestraft. Darüber hinaus sprechen praktische Argumente gegen nachfrage-seitige Effizienzregulierung; alle Energieeinsparungen müssen genau festgelegt und gerichtsfest gemessen werden. Das ist aufwändig, teuer und fehleranfällig. Ausufernde Umweltbürokratie ist die Folge.

Energiekosten müssen „sichtbar“ werden

Somit bleiben am Ende allein informatorische Maßnahmen im Rahmen der Energieeffizienzpolitik, die aus ökonomischer Sicht sinnvoll sind. Werden Energieverbraucher über Sparmaßnahmen sowie über deren Kosten und Nutzen informiert und Energiekosten damit „sichtbar“, dann können die Kräfte des Marktes funktionieren und für einen effizienten Einsatz von Energie sorgen. Darüber hinausgehende politische Maßnahmen zur Erhöhung der Energieeffizienz sind unnötig. Die Politik sollte sich stattdessen darauf beschränken, das Versagen von Märkten im Umwelt- und Energiebereich zu erkennen und hier mit kosteneffizienten Instrumenten wie zum Beispiel dem Handel mit Emissionsrechten gegenzusteuern.

Dr. Tim Mennel, mennel@zew.de
Dr. Bodo Sturm, sturm@zew.de

ZEW-KONFERENZ

Ausgewiesene Experten zu Gast bei internationaler Innovationskonferenz

Zum dritten Mal fand Mitte Juni die Konferenz zur Innovationsökonomik und Patentforschung des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) statt. Mehr als 130 Wissenschaftler aus Europa, Nordamerika und Asien konnten hierzu in Mannheim begrüßt werden. Die hohe Reputation, die die Konferenz in der Fachwelt genießt, spiegelte sich in den über 200 eingereichten hochkarätigen Forschungsbeiträgen wider, von denen 57 zur Vorstellung auf der Konferenz ausgewählt wurden.

Die theoretischen und empirischen Beiträge beschäftigten sich insbesondere mit der Rolle von Humankapital im Innovationsprozess, mit der Finanzierung von Innovationen – zum Beispiel durch Venture Capital, direkte Projektförderung und Steuervergünstigungen – sowie mit Produktivitätseffekten durch Innovationen. Darüber hinaus wurden der Wert von Patenten, das strategische Verhalten von Unternehmen im Umgang mit geistigem Eigentum sowie die Auswirkungen existierender Patentsysteme und eine effiziente Ausgestaltung des Patentwesens diskutiert.

Eigentümerstruktur und Innovationsverhalten

Im Rahmen von Impulsvorträgen stellten führende Wissenschaftler ihre neuesten Forschungsergebnisse vor. Den Anfang machte John van Reenen von der London School of Economics (LSE). Ausgehend von der Beobachtung, dass in immer mehr Unternehmen institutionelle Anleger Privatanleger als Eigentümer verdrängen, untersuchte er die Frage, wie sich dieser Wechsel in der Eigentümerstruktur auf das Innovationsverhalten der Unternehmen auswirkt. Er konnte zeigen, dass institutionelle Anleger in den Vereinigten Staaten einen positiven Einfluss auf die Höhe der Ausgaben für FuE ausüben. Ferner



John van Reenen bei seinem Vortrag am ZEW.

hat sich die Produktivität der für FuE eingesetzten Mittel unter institutionellen Anlegern deutlich gesteigert.

Vor dem Hintergrund der Copyright-Gesetzgebung in den Vereinigten Staaten referierte Paul David von der Stanford University über die Möglichkeiten der Digitalisierung von Büchern in virtuellen Internet-Bibliotheken und den freien Zugang zu diesem Wissen. Er zeigte, dass Änderungen in der Copyright-Gesetzgebung dazu führen könnten, dass allein in den nächsten 20 Jahren über 3,6 Millionen Bücher nicht länger für die Öffentlichkeit frei zugänglich sein werden.

Reform des EU-Patentrechts

Die Funktion von Patenten und die Reform des Europäischen Patentrechts war der Inhalt des Vortrags von Aldo Geuna (SPRU, Brighton). Bruno van Potelsberghe (Freie Universität Brüssel) beschäftigte sich mit dem Lissabon-Prozess in Europa. Er betonte, dass die Europäische Union die technologischen Spezialisierungen der Mitgliedsstaaten bei der Festlegung von FuE-Zielsetzungen berücksichtigen müsse. In einem herausragenden Vortrag beleuchtete Frederic M. Scherer von der

Harvard University die politischen Hintergründe und die nicht antizipierten negativen Wirkungen verschiedener Reformen des Patentrechts in den Vereinigten Staaten in den letzten 50 Jahren.

Ein besonderer Fokus der Konferenz lag auf den wirtschaftspolitischen Implikationen aktueller Forschungsergebnisse. Diese wurden im Rahmen einer Round Table Diskussion erörtert, an der Reinhilde Veugelers (Katholieke Universiteit Leuven), Dietmar Harhoff (Ludwig-Maximilians-Universität München), Dominique Foray (Ecole Polytechnique Fédérale de Lausanne) sowie Georg Licht (ZEW) teilnahmen. Moderiert wurde die Diskussion von Dominique Guellec (OECD).

Die Konferenz fand mit Unterstützung der Anglo-German Foundation und des Europäischen Forschungsnetzwerkes STRIKE (Science and Technology Research in a Knowledge-Based Economy) statt. Darüber hinaus unterstützte die BASF SE – wie schon bei den vorangegangenen Konferenzen zur Innovationsökonomik und Patentforschung – die Veranstaltung.

Die Konferenzbeiträge im Internet: www.zew.de/innovation-patenting2008

Dr. Bettina Peters, peters@zew.de

TERMINE

Konferenz zur Ökonomie der Regulierung

Vom 1. bis 2. Oktober 2008 findet am ZEW die Konferenz zur Ökonomie der Regulierung statt, die speziell Anreize und Auswirkungen der Regulierung auf das Investitions- und Innovationsverhalten der Marktakteure leitungsgebundener Industrien behandelt. Im Rahmen der Konferenz wird unter anderem diskutiert, inwiefern Innovationsprozesse in Wettbewerbsverfahren berücksichtigt werden. Forschungsergebnisse zum Zusammenhang von Regulierung und Infrastrukturqualität werden vorgestellt und die Leistungsfähigkeit von durch Regulierung angestoßenen Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten in netzgebundenen Industrien thematisiert. Ziel der internationalen Konferenz ist es, den Dialog zwischen den Wissenschaftlern und Mitarbeitern von Regulierungsbehörden und betroffenen Unternehmen zu fördern.

Weitere Informationen zur Konferenz: unter www.zew.de/regulation2008

ZEW WIRTSCHAFTSANALYSEN

Fritz Böhringer, Bernhard Boockmann, Christina Elschner, Sebastian Hauptmeier, Friedrich Heinemann, Marcus Kappler, Michael Overesch, Timo Reister

Grenzsteuern, Arbeitsangebot und Wirtschaftswachstum

Wissenschaftler des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung untersuchen gemeinsam mit Fritz Böhringer, Ilsfeld, den Einfluss des Steuer- und Abgabensystems auf Anreize, Beschäftigung und Wachstum in Deutschland und diskutieren grundlegende steuerliche Reformalternativen zum bestehenden System. So bringt Böhringer mit seiner „Fixsteuer“-Konzeption ein fundamentales Reformkonzept zur Beseitigung steuerlicher Fehlanreize ein. Die anderen Autoren beleuchten den mikro- und makroökonomischen Zusammenhang zwischen Steuern, Beschäftigung und Wachstum und stellen das deutsche Steuersystem inklusive Unternehmenssteuern in eine international vergleichende Perspektive. Das Buch stellt somit einen Beitrag zur Steuerreformdebatte dar.

ZEW Wirtschaftsanalysen/Schriftenreihe des ZEW, Band 89, Nomos-Verlag, Baden-Baden, ISBN 978-3-8329-3795-9

EXPERTENSEMINARE

29.-30.09.2008	Betriebswirtschaftliche Grundlagen – Kompetenz für den beruflichen Alltag
30.09.-01.10.2008	Modernes Bond-Portfoliomanagement
08.-09.10.2008	Führen ohne hierarchische Macht – Laterale Führung
09.10.2008	Immobilienmarktanalyse – Analyseinstrumente für die Wohnimmobilienmärkte und aktuelle Entwicklungen in der Immobilienfinanzierung
13.10.2008	Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) und Risikomanagement
23.10.2008	Internationalisierung von IT-Dienstleistern und Softwareanbietern

ZEW-Expertenseminare im Internet: www.zew.de/weiterbildung
Information: Vera Pauli, Telefon 0621/1235-240, E-Mail pauli@zew.de

ZEW INTERN

ZEW in der neuen Nationalen Akademie der Wissenschaften stark vertreten

Die naturwissenschaftliche Akademie Leopoldina wurde zur deutschen Nationalen Akademie der Wissenschaften ernannt. Das ZEW ist mit seinem Präsidenten Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Wolfgang Franz als dem Vorsitzenden („Obmann“) der Sektion Ökonomik und Empirische Sozialforschung in der Akademie hervorragend vertreten.

ZEW DISCUSSION PAPERS

Nr. 08-050, Andreas Löschel, Vincent M. Otto: Technological Uncertainty and Cost-Effectiveness of CO₂ Emission Trading Schemes.

Nr. 08-049, Frederik Neuwahl, Andreas Löschel, Ignazio Mongelli, Luis Delgado: Employment Impacts of EU Biofuels Policy: Combining Bottom-up Technology Information and Sectoral Market Simulations in an Input-Output Framework.

Nr. 08-048, Andreas Schrimpf: International Stock Return Predictability Under Model Uncertainty.

Nr. 08-047, Hanna Binz, Dirk Czarnitzki: R&D Investment and Financing Constraints of Small and Medium-Sized Firms.

Nr. 08-046, Dirk Czarnitzki, Kornelius Kraft, Susanne Thorwarth: The Knowledge Production of ‘R’ and ‘D’.

Nr. 08-045, Jenny Meyer: The Adoption of New Technologies and the Age Structure of the Workforce.

Nr. 08-044, Katja Coneus, Johannes Gernandt, Marianne Saam: Noncognitive Skills, Internet Use and Educational Dropout.

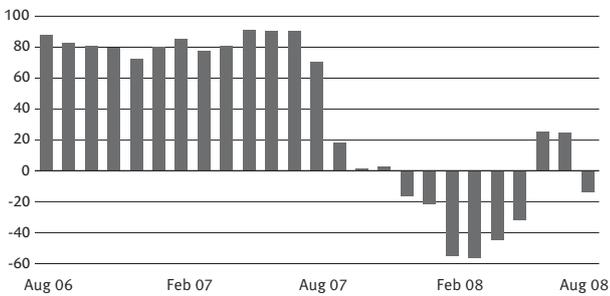
Nr. 08-043, Stefan Boeters, Michael Feil: Heterogeneous Labour Markets in a Microsimulation-AGE Model: Application to Welfare Reform in Germany.

Nr. 08-042, Christoph Grimpe, Katrin Hussinger: Building and Blocking: The Two Faces of Technology Acquisition.

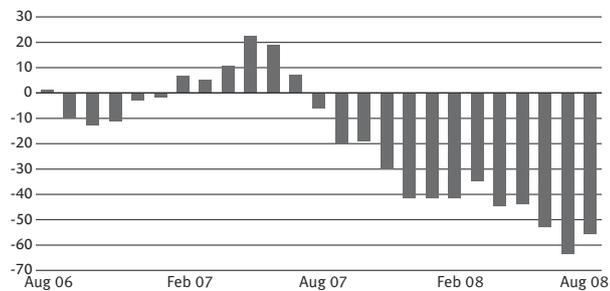
Nr. 08-041, Thomas Zwick: Earnings Losses After Non-Employment Increase With Age.

DATEN UND FAKTEN

ZEW-Finanzmarkttest im August 2008



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der kurzfristigen Zinsen im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der Konjunktursituation im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW

EZB: Erwartungen schlagen um

Die Experten erwarten, dass die EZB die Zinsen künftig konstant lassen oder geringfügig senken wird. Die entsprechenden Erwartungen sind gefallen und liegen nun bei -13,7 Punkten. Grund dürfte der sinkende Ölpreis sein. Entsprechend hat der Inflationsdruck etwas nachgelassen. Auch scheint die EZB den Konjunkturrisiken im August mehr Gewicht beizumessen als im Juli. So fehlte im geldpolitischen Statement die Formulierung, dass im vierten Quartal mit einem wieder anziehenden Wachstum des Bruttoinlandsprodukts gerechnet werde.

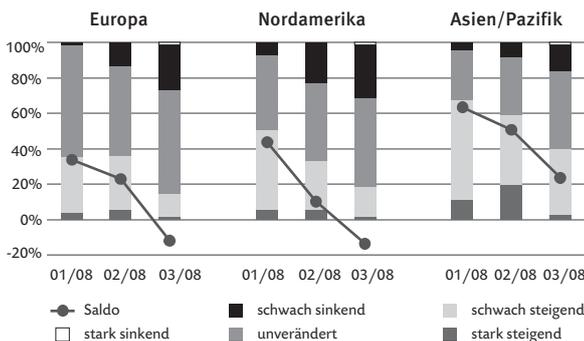
Sandra Schmidt, s.schmidt@zew.de

Euroraum: Konjunkturerwartungen erholen sich

Die Konjunkturerwartungen für den Euroraum haben sich im August um 8,0 auf -55,7 Punkte verbessert. Demnach nahmen die Sorgen um die konjunkturelle Entwicklung etwas ab. Verantwortlich hierfür dürfte der Rückgang des Ölpreises sein, der Konsumenten und Unternehmen gleichermaßen entlastet. Zum anderen hat der Euro gegenüber dem US-Dollar abgewertet. Die befragten Finanzmarktexperten erwarten, dass diese Tendenz in den kommenden Monaten anhalten und so die Exporte stützen wird.

Sandra Schmidt, s.schmidt@zew.de

Sturzflug beim Transportaufkommen im Flugverkehr



Quelle: ZEW

Im Jahr 2008 haben sich die Erwartungen zur Transportmengenentwicklung im Flugverkehr deutlich eingetrübt. Während 2007 je nach Route und Quartal noch zwischen ca. 40 und 80 Prozent der Experten des „TransportmarktBarometers von ProgTrans/ZEW“ mit steigenden Mengen rechneten, sind es im dritten Quartal 2008 nur noch 15 bis 40 Prozent. Hingegen nahm in den ersten drei Quartalen 2008 der Anteil der Pessimisten deutlich zu. Im Saldo gehen die Experten im europäischen und im Transatlantik-Verkehr somit von einem Aufkommensrückgang aus. Nur im Asienverkehr sind die Optimisten derzeit noch in der Überzahl.

Dr. Georg Bühler, buehler@zew.de

Großhandel: Geringere Kostensenkungen durch Prozessinnovationen



Quelle: ZEW, Mannheimer Innovationspanel.

Der deutsche Großhandel hat im Jahr 2006 mit Hilfe neuer technischer Verfahren (z.B. im Bereich Logistik und Verwaltung) nur noch 0,9 Prozent der Gesamtkosten senken können. Dies ist der niedrigste Wert seit 2000. Höhere Rationalisierungserfolge konnten in den wirtschaftlich schwierigen Jahren 2002 bis 2004, die eine insgesamt rückläufige Umsatzentwicklung brachten, erzielt werden. Die verbesserte Branchenkonjunktur ab 2005 hat den Fokus der Innovationstätigkeit wieder stärker auf die Einführung neuer Dienstleistungsangebote gelenkt. 2006 stieg auch der Umsatz mit Marktneuheiten wieder kräftig an.

Dr. Christian Rammer, rammer@zew.de

STANDPUNKT



Lufthansa

Die Auseinandersetzungen in der Tariflohnpolitik der vergangenen Wochen und Monate geben Veranlassung, an die Verantwortung der Tarifvertragsparteien für einen weiteren Beschäftigungsaufbau zu erinnern.

Nicht nur droht das Erreichte wieder verspielt zu werden, sondern einige Vorkommnisse beleuchten schlaglichtartig Defizite im institutionellen Regelwerk auf dem Arbeitsmarkt.

Das Erreichte besteht in einer markanten Zunahme der Anzahl der Erwerbstätigen, insbesondere der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. An dieser höchst erfreulichen Entwicklung hat die Tariflohnpolitik ihren Anteil, weil sie in den vergangenen Jahren insgesamt betrachtet einen moderaten Kurs eingeschlagen, das heißt, die Verteilungsspielräume nicht ausgeschöpft hat. Im Gegensatz zu anderslautenden Behauptungen zahlt sich tariflohnpolitische Vernunft mittelfristig eben doch aus. Die Arbeitslosen erhalten Chancen auf neue, wettbewerbsfähige Arbeitsplätze, die der bereits Beschäftigten werden sicherer.

Angesichts von immer noch über drei Millionen Arbeitslosen und um die Beschäftigungsgewinne nicht wieder aufs Spiel zu setzen, muss tariflohnpolitische Zurückhaltung weiterhin oberstes Gebot bleiben. Konkret bedeutet dies, dass die Tariflohnabschlüsse jeder Branche unterhalb der branchenspezifischen Verteilungsspielräume bleiben müssen. Die Höhe dieser Verteilungsspielräume auszuloten ist Aufgabe der Tarifvertragsparteien. Wie sie dabei vorgehen können, verdeutlicht die gesamtwirtschaftliche Sichtweise. Dort setzt sich der Verteilungsspielraum aus der um Beschäftigungsschwankungen bereinigten Fortschrittsrate der Arbeitsproduktivität – genauer: der Grenzproduktivität der Arbeit – und der Preisentwicklung des Bruttoinlandsprodukts zusammen. Prognosen von Wirtschaftsforschungsinstituten lassen eine Höhe dieses gesamtwirtschaftlichen Verteilungsspielraums für nächstes Jahr in der Größenordnung von 2,5 v. H. vermuten. Davon kann oder muss in jeder Branche

nach oben beziehungsweise unten abgewichen werden, je nach den branchenspezifischen Gegebenheiten. Der so berechnete Verteilungsspielraum sollte um eines weiteren Beschäftigungsaufbaus willen nicht ausgeschöpft werden. Schon gar nicht dürfen Energie- und Nahrungsmittelpreissteigerungen über höhere Lohnsteigerungen wieder „reingeholt“ werden. Das geht mit Sicherheit schief, denn so kommen beide Übel ins Haus: wieder höhere Arbeitslosigkeit und steigende Inflationsraten. Diese bittere Lektion haben uns die siebziger Jahre bei der ersten Erdölkrise erteilt.

Der Streik der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di bei der Deutschen Lufthansa AG zeigt einmal mehr ein gravierendes Defizit bei der hiesigen Unternehmensmitbestimmung auf. Der Vorstand von ver.di ist gleichzeitig stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Lufthansa, bestreikt damit „sein“ Unternehmen und verletzt mithin gröblich seine Pflichten als Aufsichtsratsmitglied – und dies dergestalt bekanntlich nicht zum ersten Mal. Man darf gespannt sein, ob die Aktionäre der Lufthansa diesmal ernstere Konsequenzen ziehen, als ihm auf der Hauptversammlung lediglich die Entlastung zu verweigern.

Das Beispiel der Lufthansa verdeutlicht konkret die Begleiterscheinungen einer Tarifpluralität. Der Pilotenstreik ist noch nicht ausgestanden, schon streikt das Bodenpersonal und die Gewerkschaft der Flugbegleiter (UFO) kündigt weitere Auseinandersetzungen mit dem merkwürdigen Argument an, ohne Flugbegleiter dürften die Flugzeuge nicht fliegen. Wenn das Schule macht, können sich die Unternehmen hierzulande auf permanente Tarifaussensetzungen gefasst machen, wie seinerzeit im Vereinigten Königreich. Offenkundig sind Tarifeinheit und Flächentarifvertrag doch nicht so ineffizient wie von den Befürwortern einer rein betrieblichen Lohnbildung mitunter dargestellt.

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim · L 7, 1 · 68161 Mannheim
Postanschrift: Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de, www.zew.eu
Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz (Präsident) · Thomas Kohl (Kaufmännischer Direktor)

Redaktion: Kathrin Böhrer, Telefon 0621/1235-103, Telefax 0621/1235-222, E-Mail boehmer@zew.de
Gunter Grittmann, Telefon 0621/1235-132, Telefax 0621/1235-222, E-Mail grittmann@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars
© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2008